

# Gewissen

30 Pfennige

Zehnter Jahrgang Nr. 15

Berlin, Sonntag, den 8. April 1928

Herausgeber: Heinrich von Gleichen. Verantwortlich für die Schriftleitung: Friedrich Vorwerk. Verlag: Ring-Verlag G. m. b. H., Berlin W 30, Mohrstr. 22. — Druck: Nauck'sche Buchdruckerei A. G., Berlin S 14, Stallschreiberstr. 5. — Das „Gewissen“ erscheint wöchentlich am Sonntag. — Bezugsbedingungen: Im Inland: Durch die Post monatlich RM. 1.—, durch den Verlag (nur Jahresabonnements) RM. 12.—. Im Ausland: Durch den Verlag unter Streifband vierteljährlich RM. 3.75, Jahresabonnement RM. 15.—. Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen.

## Langenöfser Thesen?

Die „Deutsche Wirtschafts-Zeitung“, das Organ des Deutschen Industrie- und Handelstags, hat eine Sondernummer herausgegeben, die den Problemen der deutschen Landwirtschaft gewidmet ist. Hervorragende Mitarbeiter aus allen Lagern, der Industrie, der Politik und der Landwirtschaft, haben darin zu den bewegenden Zeitfragen der Landwirtschaft Stellung genommen. Oberpräsident a. D. von Batoſki schreibt über die Rentabilität der Landwirtschaft, der Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums Drense über die landwirtschaftliche Kreditfrage, Direktor Karl Lange vom Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten wägt die Werte der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion gegeneinander ab, Staatssekretär a. D. Dr. August Müller behandelt die Frage der Siedlung als sozial- und agrartechnisches Problem usw. usw. Es ist zweifellos ein Verdienst des Herausgebers, Reichsministers a. D. Hamm, die Probleme der Landwirtschaft den Kreisen des Industrie- und Handelstags nahe gebracht zu haben; denn, worauf wir hinauswollen: die Überwindung der Agrarkrise ist nicht allein eine Sache dieses Berufsstandes, sondern die der gesamten deutschen Wirtschaft, und noch mehr: die vornehmste Aufgabe der Staatspolitik. Aber wenn Kritik an so verdienstvoller Arbeit erlaubt ist, es kann nicht geleugnet werden, daß aus den verschiedenen Aufsätzen, die sich zum Teil überschneiden und selbst widersprechen, die politische Linie noch nicht sich ergibt. Heft 5 „Der Ring“ bemüht sich um die politische Linie, die zu finden heute die Pflicht aller politisch Verantwortlichen ist. Oder erwartet man etwa, daß sie in den Kundgebungen verzweifelter Bauernschaft erkennbar wird?

„Langenöls“ war ein Signal, mehr nicht. Schließlich ist der Bauer noch zum Widerstand fähig, und die Bürokratie gibt auch nach oder zieht sich mehr oder minder geschickt aus der Affäre. Aber was ist damit erreicht? Eine zeitliche Erleichterung des steuerpolitischen Drucks. Mehr nicht. Es ist nicht Sache der Bauern eines Landkreises, selbst nicht die von Bauerndemonstrationen einer Provinz, ein wirtschafts-politisches oder gar ein politisches Programm aufzustellen und zu erkämpfen. Das ist Sache der Führung. Man übt an der Führung der Landwirtschaft heute heftig Kritik. Es wäre unbillig, diese Kritik auf die führenden Persönlichkeiten zu ver-dichten, ebenso wie es töricht wäre, wenn die in Rede stehen-den Persönlichkeiten die Kritik persönlich nähmen. Der Grund,

warum die Führung versagt, ist in den weitzurückliegenden Anfängen der landwirtschaftlichen Berufsorganisationen zu suchen. Unter dem Druck der Ereignisse von 1918/19 sind diese Organisationen sowohl bürokratisch als auch demokratisch — unter verhängnisvoller Anlehnung an die parteipolitischen Bildungen im deutschen Volke — eingerichtet worden. Wollte man nun Thesen aufstellen, in denen das politische Programm der Landwirtschaft zusammengefaßt wäre, und die — wie einst die Wittenberger Thesen — nach der symbolischen Bedeutung der Vorgänge von Langenöls wohl verdienten „Langenöfser Thesen“ genannt zu werden, so müßte man als Voraussetzung für die Verfechtung dieser Thesen fordern, daß die Organisation der Landwirtschaft von allen bürokratischen und demokratischen Bedingungen ihres Aufbaus freigemacht wird, daß also dem Prinzip der Führung in der Organisation anders ent-sprochen wird, als das heute der Fall ist.

Auch wir können hier nicht Thesen erschöpfend formulieren. Wir können hier nur Anregungen geben für Formulierungen, die von berufener Seite auszuarbeiten sind. Wenn die Landwirtschaft ebenso wie andere Berufsstände gegen den Steuerdruck protestiert, so muß von der landwirtschaftlichen Führung in Verbindung mit den Spitzenorganisationen anderer Stände endlich der Generalangriff gegen das System des Wohlfahrtsstaates geführt werden, das ja am Steuerdruck schuld ist. Und es muß zum zweiten der Versuch gemacht werden, unabhängig vom System und zum Ausgleich seiner prinzipiellen Regierung die Freiheit der Wirtschaft in sich zu erkämpfen. Mit anderen Worten: Wenn heute kein Wirtschaftsstand so verarmt und überschuldet ist, wie die Landwirtschaft, so muß sie im positiven versuchen, neue Grundlagen für ihre Kreditwürdigkeit zu schaffen. Da nicht anzunehmen ist, daß das bekämpfte System, das mit Steuererleichterungen auszuweichen weiß, von sich aus die Kapitalisierung der Landwirtschaft in Angriff nehmen wird, muß durch das Prinzip der Leistungssteigerung auf korporativer Grundlage die Kreditwürdigkeit geschaffen werden, die den Kapitalkräften des inländischen bzw. auch des ausländischen Kapitalmarktes erlaubt, sich für die Landwirtschaft zu engagieren. Nur durch Leistungssteigerung kann die Landwirtschaft sich in die Weltwirtschaft einreihen, indem sie hier eine doppelte Funktion erfüllt, die der Senkung der Einfuhr und die der Verstärkung des Produktionsvolumens der Gesamtwirt-



schaft, wodurch dieser allein eine freie Anteilnahme am Welt-Handel möglich wird. Begreift die Landwirtschaft diese ihre weltwirtschaftlichen Funktionsmöglichkeiten, dann wird sie damit das Meiste beitragen, um aus eigener Kraft über dem Kreditwege zu neuen Kapitalgrundlagen zu kommen. Hierbei ist nicht zu verkennen, daß die Reorganisationsaufgaben der Landwirtschaft anders angefaßt werden müssen, als die der Industrie. Das unter allen Umständen zu bejahende Prinzip der Rationalisierung und Konzentration der Betriebe kann nicht schematisch genau so angewendet werden, wie das in der Industrie vorgemacht ist. Für die land- und forstwirtschaftliche Produktion ist die Marktnähe eine Frage von viel größerer Bedeutung als für die Industrie. Rationalisierungsmaßnahmen, die durch Ersparnis von Arbeitskräften zur Verödung des Landes führen könnten, sind darum nicht am Platze. Die bevölkerungspolitische Seite der Agrarkrise ist von größter Bedeutung. Darum muß Rationalisierung der landwirtschaftlichen Arbeit Hand in Hand gehen mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die durch Verdichtung des Lebens (vielleicht auf dem Wege von Industriefiedlungen) die nahen Märkte der Landwirtschaft entwickeln, den Bevölkerungszuwachs besonders im landwirtschaftlichen Osten fördern. Das sind Hinweise, die wir besonders Vatodi verdanken und die bisher in der politischen Diskussion über die Agrarkrise zu kurz gekommen sind. Im selben Zusammenhang stehen die politischen Forderungen, die auf Beschränkung des Erbrechtes hinzielen, damit Zersplit-

terung vermieden wird, die letzten Endes doch nur zur Abwanderung führt. Heute ist Siegenenschaft bereits zur fahrenden Habe geworden und damit das Schicksal der Betriebe ebenfalls bestimmt.

Aus diesen Andeutungen erhellt, daß es sich tatsächlich um einen politischen Kampf handelt, den die Führung der Landwirtschaft aufnehmen muß, und zwar als politische Stoßtruppel. Denn es ist klar, daß er von ihr allein nicht bestritten werden kann. Die außerordentlich politische Bedeutung der Agrarkrise oder der Agrarfrage überhaupt, d. h. ihr Zusammenhang mit den Problemen der Freiheit und der Stärke der Wirtschaft in der Welt, mit den Problemen der Bevölkerungspolitik, besonders mit denen einer organischen Verteilung der Bevölkerung und damit auch einer nationalpolitischen Sicherung des Landes und seiner Grenzen, dieser Zusammenhang wird sonst überall in der Welt erkannt, auch von Sowjet-Rußland und in voller Bewußtheit von dem faschistischen Italien. Nur in Deutschland begreift man nicht, daß die „Battaglia del grano“ die in Italien Mussolini, der Faschismus, der Staat führen, das Zentrum aller Politik ist, daß auch bei uns der Staat verpflichtet wäre, im Interesse der Nation eine „Battaglia del grano“ und eine „Battaglia per gli uomini“ zu führen, und daß, weil der Staat dieses Systems verlagert, der Kampf die Pflicht aller politisch Verantwortlichen ist.

## Die politische Woche

Der Reichstag nimmt in einer Gesamtabstimmung den Etat für 1928 einschließlich des Ergänzungsetats, der das Notprogramm der Reichsregierung umfaßt, mit 200 gegen 170 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen an. — Der Reichspräsident löst den Reichstag auf und setzt die Neuwahlen auf den 20. Mai fest. — Im Hinblick auf die kommenden Wahlen hebt der Berliner Polizeipräsident das Verbot der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei mit sofortiger Wirkung auf. — Der Reichsrat beschließt in der Panzerkreuzerfrage ein Kompromiß, das mit Ausnahme der reinen Konstruktionsarbeiten der Bau des Kreuzers nicht vor dem 1. September zuläßt.

Briand sabotiert in seiner Antwort den Friedenspakt des Staatssekretärs Kellogg, indem er die Ausdehnung des Kelloggschen Vertragsvorschlages auf alle Staaten verlangt, zwischen denen überhaupt Konfliktmöglichkeiten bestehen, indem er ihn sofort außer Kraft treten lassen will, wenn ein Unterzeichner seine Verpflichtungen verlehrt, indem er ferner das Recht legitimer Verteidigung unberührt und bestehende Verträge, z. B. die Militärverträge mit Polen und der Tschechoslowakei, unverändert in Kraft wissen will. — Poincaré fordert in seiner zweiten großen Wahlrede in Carcassonne einen vierjährigen Waffenstillstand der Parteien zur endgültigen Sanierung der französischen Finanzwirtschaft und spricht von Kombinationen, die durch die Plazierung der Eisenbahn- und Industrie-Obligationen sowohl Frankreich und die Alliierten, als auch Deutschland in den Stand setzen sollen, unter Vorbehalt der französischen Sicherheit und des französischen Anspruchs auf Reparationen, eine schnellere Schuldentilgung vorzunehmen.

Mussolini hat dem Ministerrat ein Dekret zur Auflösung katholischer Jugendorganisationen vorgelegt. — Der Vatikan, durch die scharfe Kampfanzeige Mussolinis überrascht, läßt im „Osservatore“ eine fruchtbare Harmonie zwischen Kirche und Staat in der Frage der Jugenderziehung möglich erscheinen, da christliches und italienisches Gewissen eins seien.

Im Kopenhagener Folkething gibt der Vertreter der deutschen Minderheit Nordschleswigs, Pastor Schmidt-Wodder, in seiner Rede gegen den Ministerpräsidenten Madsen Møgelgaard der starken Bewegung in der gesamten nordschleswigschen Bevölkerung Ausdruck,

deren Notzustand zum ersten Male in der Kopenhagener Presse offen zugegeben und ungehemmt diskutiert wird. — Der Untersuchungsrichter bei der Anklagekammer in Kolmar beantragt gegen 22 Autonomen die Erhebung der Anklage, die vom 30. April an, einen Tag nach den Deputierten-Wahlen, verhandelt werden wird.

Die polnisch-litauische Konferenz beendet vorläufig ihre Tagung und läßt die Arbeiten durch drei Kommissionen fortführen: 1. für Wirtschaft und Verkehrsfragen; 2. für Sicherheitsfragen; 3. für den lokalen Verkehr. — Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher, wird bei der polnischen Regierung vorstellig, indem er erklärt, daß die deutsche Regierung vorläufig die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen nicht fortsetzen könne, weil die Änderung der polnischen Grenzonen-Verordnung in keiner Weise den polnischen Zusagen in Genf entsprechen.

Ägypten lehnt die englischen Vorschläge in seiner Antwortnote mit Schärfe ab, verlangt völlige Unabhängigkeit, das Recht, den Suezkanal mit seiner eignen Armee ohne Hilfe zu verteidigen, wünscht nicht mehr als Mitglied des Empire, sondern als gleichgestellter Allierter Großbritanniens betrachtet zu werden und fordert dieselbe Behandlung und Anerkennung, wie sie Großbritannien andern Ländern einräumt. — Die Leitung der kommunistischen Partei in Rußland setzt die Hälftenleiter des Don-Kohlenstruffs ab und löst die dortigen Partei- und Gewerkschaftsbüros auf, weil sie das Klassenempfinden gegen die bürgerlichen Spezialisten verloren hätten.

In einer Reichstagsrede verteidigt Strefemann seine Abrüstungspolitik und spricht dem Grafen Bernstorff für die Genfer Verhandlungen den Dank aus. — Die Reichsregierung läßt durch den Reichsverkehrsminister Koch im Reichstag erklären, bei der gegenwärtigen Finanzlage einer von der Reichsbahn beabsichtigten Tarifierhöhung nicht zustimmen zu können. — Nach Steffiner Meldungen wird der Prager Regierung die inzwischen stillgelegte Vulkanwerft zum Kauf angeboten. — „Zwecks Festigung der republikanischen Staatsform“ sind sechs preussische Regierungsvizepräsidentenstellen neu besetzt worden.



# Agrarrecht — Erbrecht — Deutsches Recht

Von Adalbert Erler

Zwei Fragen rechtstheoretischer Art bewegen seit einem Jahrzehnt in höherem Maße denn je unser Volk: die Frage nach der sittlichen Berechtigung und der wirtschaftlichen Bedeutung des privaten Eigentums und Erbrechts. In beiderlei Hinsicht sind fast durchweg die Rechtsinstinkte unsicher geworden; und diese Unsicherheit macht sich nirgends deutlicher fühlbar als auf dem Gebiet der Agrargesetzgebung. Da werden in buntem Durcheinander selbst größere Güter gebunden, selbst kleinere Fideikomnisse aufgelöst und — etwa in der Form eines Waldguts oder Weinguts — aufs neue gebunden, Testierfreiheiten gegeben und Unerbengüter geschaffen oder befürwortet. Nirgends findet sich eine klare und eindeutige Linie.

Daß die Verwirrung der Rechtsinstinkte gerade auf dem Gebiet des Agrarwesens sich besonders deutlich bemerkbar macht, ist nicht verwunderlich, wenn man erwägt, daß der Grundbesitz die reinste, ja nach deutscher Rechtsvorstellung im Grunde die einzige Form des Eigentums ist. Er allein macht — im Gegensatz zum Geldbesitz — das Wesen des Menschen ruhig, sicher, beständig und fest. Darum versteht der Sachsenpiegel unter Eigentum (*egene*) mit gutem Recht stets nur das Grundeigentum, während das bewegliche Eigentum „Fahrende Habe“ heißt.

Wie verhält sich nun das deutsche Recht zum Gedanken des Erbrechts?

Das wesentlichste Merkmal ist das Fehlen der heute allgemein üblichen, in Deutschland erst mit dem Eindringen des römischen Rechts aufgekommenen *gewillkürten* Erbfolge. Nach deutschem Recht wird der Erbe „nicht geboren sondern geboren“. Das deutsche Recht kennt demgemäß keine Testamente, sondern nur das, was man heute als gesetzliche Erbfolge bezeichnet. Erst kurz vor dem Eindringen des römischen Rechts kommt die Rechtsform der „Uffatomie“ auf (*stomus* = Busen), durch die ein geforener Erbe „an den Busen genommen“ und damit in den Stand eines geborenen Erben und Familiengliedes versetzt wird. Das Erbrecht ist nach deutscher Rechtsauffassung ein Teil des Familienrechts; der gesamte Besitz ist — sowie es noch heute beim Fideikommiß der Fall ist — weniger Eigentum des einzelnen Menschen als seiner Familie. Deutlich gelangt das darin zum Ausdruck, daß der Eigentümer trotz seiner unbedingten Vorzugsstellung innerhalb der Familie als Muntwalt ohne die Zustimmung der Erben („*erben gelob*“) das Gut nicht veräußern darf: „*ane erben gelob und ane echt ding (Thing) en muz nieman (darf niemand) sin eigen noch sine late geba (sein Grundeigentum oder sein Gesinde vergeben)*. Dagegen: „*alle varnde habe gibt der man ane erben gelob*“. Schon aus dem mittelalterlichen Sprachgebrauch geht diese Unterscheidung von Eigen und Fahrende Habe im Hinblick auf das Erbrecht hervor: der Sachsenpiegel wie das *Gudrunlied* sprechen von „Erbe“ fast nur im Sinne des (vererbten) Grundeigentums. Noch im neunzehnten Jahrhundert veräußerte man Grundstücke „erb- und eigentümlich“; in dieser Wendung wird also das Wort Erbe mit *egene* geradezu synonym gebraucht.

Bergibt nun der „Eigentümer“ Gut oder Leute „*ane erben gelob*“, so kann der Sohn das Veräußerte nach dem Tode des Vaters unentgeltlich vom Erwerber zurückfordern. So erscheint nicht der Einzelne, sondern im hohen Maße die Sippe als Eigentümer. Weil das Eigentum nicht — wie heute — individualistisch ist, bietet das Erbrecht in ethischer Hinsicht keine Probleme. Ja man kann nahezu sagen, daß im älteren deutschen Recht ein Erbrecht im heutigen Sinne überhaupt kaum besteht,

da das äußere Gut ein Zubehör des fortblühenden Familienstandes darstellt.

Dem Erbrecht des Sachsenpiegels als einer Spiegelung des überindividualistischen Sipperrechts entspricht im frühesten germanischen Recht der Brauch, das höchstpersönliche, dem Manne ans Herz gewachsene Gut (Harnisch, Ross) dem Manne ins Grab zu legen. Hier wie im Sachsenpiegel derselbe Grundzug: das Gut bleibt nach dem Tode des Mannes stets da, wo es ehemals war: das Sippengut verbleibt der Sippe; das persönliche Gut bleibt dem Toten und folgt ihm ins Grab.

Was bedeuten diese deutschrechtlichen Gedankengänge für die Gegenwart? Sie erklären, in wie hohem Maße das moderne Erbrecht seine innere Notwendigkeit eingebüßt hat; jedenfalls überall da, wo es sich um fahrende Habe handelt (die meisten Menschen haben heute nur die fahrende Habe); denn da heute zumindest alle Fahrende Habe individualistisch und die Sippe zerstört ist, ist das geistige und ethische Fundament des Erbrechts zerstört. Deshalb empfinden gerade diejenigen Menschen, bei denen das Sippegefühl am meisten geschwächt ist, stets auch den Erbgang am meisten als Unrecht. Daß der konservative Mensch das Erbrecht verteidigt, liegt nicht daran, daß er auf bequeme Weise fremdes Gut zu erwerben trachtet; sondern das Erbrecht ist ihm ein natürliches und für ihn auch gerechtfertigtes Zubehör des bei ihm noch in alter Stärke bestehenden Familienverbandes.

Daraus ergibt sich, daß für den konservativen, gebundenen Menschen, bei dem die Bande der Sippe noch lebenswirklich bestehen, das Erbrecht eine feste geistige Grundlage hat. Das aber gilt in besonderem Maße für den Landmann; für den Landadelmann ebenso wie für den Bauern. Zur gebundenen Familie gehört das gebundene Familiengut.

Neben dem Nachkommen als Erbberechtigten kennt das deutsche Recht noch eine zweite ähnliche Form der Rechtsnachfolge, nämlich die des Nachbarn. Verkauft nämlich ein Markgenosse sein Eigen an einen Ausmärker, so hat sein Nachbar das Recht der sogenannten *Nachbarlosung*, d. h. er darf — bald gegen, bald ohne Entgelt — das Veräußerte dem Erwerber ablösen und zu seinem Gute schlagen. Auch dieses Recht beruht in Wahrheit auf ähnlichen Fundamenten, wie das Familienerbrecht: mit dem Nachbarn hat der Veräußerer Freude und Leid geteilt, Wirtschaftsgeräte getauscht, dieselben Ernten und Missernten erlebt; dieselbe Kirche besucht und dieselben Feste gefeiert. An seiner Grenze braucht er keinen Fremden zu dulden.

Ein derartiges Recht der Nachbarlosung besteht heute nicht mehr, obwohl es im höchsten Maße — etwa als gesetzliche Vorkaufsrecht der Nachbarn oder als gesetzliches Vorankfallsrecht vor einem geforenen Erben — zur Befestigung des Grundbesitzes beitragen könnte. Die Nachbarschaft bildet noch heute auf dem Lande eine lebendige Schicksals- und Lebensbeziehung und würde daher eine tragfähige Grundlage der modernen Nachbarlosung darstellen. Ihr Vorteil wäre etwa, daß das Gut nicht in die Hand eines unbewanderten und unbewährten, lediglich staatlich konzessionierten „Siedlers“, sondern in die Hände eines bewährten an Ort und Stelle mit den Verhältnissen von Klima und Boden vertrauten Mannes gelangte.

Wie ein derartiges Gesetz im einzelnen auszusehen hätte, ob und wie weit man die Nachbarlosung auch dem Großgrundbesitz oder ihm gegenüber zuzubilligen hätte, alles das sind Fragen technischer Art, die nicht das Thema dieser Abhandlung bilden. Vielmehr war es das Ziel dieses Aufsatzes in grundsätzlicher Hinsicht die Tragfähigkeit deutschrechtlichen Gedankengänge auch für die Gegenwart am Beispiel des agrarischen Erbrechts anzudeuten.



# Das faschistische Beispiel für unsere Ostmark

Von Georg Schröder

**B**attaglia del grano — Battaglia per gli uomini, die Getreideschlacht und die Schlacht für die Menschen, das sind zwei Kampfkruse des Faschismus, zwei Worte, die den Kern der italienischen Innenpolitik umreißen, deren Zusammenhang unverkennbar ist. Italiens Macht und Größe sollen nach dem Willen des Faschismus wachsen. Darum darf der Bevölkerungsüberschuß nicht mehr abströmen in die Staaten jenseits der italienischen Grenzen, darum darf auch nicht länger die Lebensmitteleinfuhr als niederdrückender Block auf der italienischen Handels- und Zahlungsbilanz lasten. Der Weg, der zur Lösung beider Fragen führt? Die Getreideschlacht! Hebung der Landwirtschaft, Ertragssteigerung des Getreidebaues durch Intensivierung, Meliorationen im großen Umfange, durch Qualitätssteigerung des Obstes, des Weins, des Gemüses, durch Förderung der Agrarprodukte verarbeitenden Industrie; diese Worte sind nicht dem faschistischen Programm entnommen, sie geben faschistische Taten wieder. Denn seit zwei Jahren wird in Italien die Getreideschlacht, die auch eine Schlacht für die Menschen ist, geschlagen. Die italienische Wirtschafts-, die Zoll- und Kreditpolitik dienen dem einen großen Ziel. Erfolge sind nicht ausgeblieben, sie werden auch weiterhin nicht ausbleiben.

Italien braucht keine Bedrohung seiner Grenzmark zu fürchten. Die italienische Landwirtschaft ist nicht dem Zusammenbruch nahe. Trotzdem tönt der Ruf „Battaglia del grano“ durch ganz Italien. Wo aber bleibt in Deutschland der Ruf, der zum Kampf für die deutsche Ostmark auffordert? Wann werden die Parteien und die Regierung zu der Einsicht gelangen, daß der Ostmark nicht mit kleinen Mitteln, sondern nur mit entscheidenden Taten geholfen werden kann? Wann wird man aufhören, die nationalepolitische Bedeutung der Bevölkerungsdichte im deutschen Osten nur theoretisch anzuerkennen? Und wann wird man schließlich die Erkenntnis von der untrennbaren Verknüpfung der Agrarfrage mit der politischen Frage des deutschen Ostens zur Grundlage des Kampfes für die Ostmark machen?

Von der Bedrohung der Ostmark durch Polen zu reden, erübrigt sich heute. Wir wissen zur Genüge und erfahren es immer wieder, daß man in Polen begehrliche Blicke nach Schlesien, nach Pommern, nach der Provinz Grenzmark und vor allem nach Ostpreußen wirft. Wir wissen ebenso gut, daß es nicht bei begehrlichen Blicken bleibt, daß an verschiedenen Stellen gewühlt und geheht wird, daß die Polen versuchen, deutschen Boden zu erwerben. Das sind Tatsachen, die für uns zu einem bösen Ende führen können, wenn wir sie mit einem Achselzucken abtun.

Die Kraft des Abwehrkampfes in der Ostmark wird geschwächt durch die relativ geringe Bevölkerungsdichte. Während im Reich durchschnittlich 133 Menschen auf einem Quadratkilometer wohnen, lauten die entsprechenden Zahlen für die Grenzmark nur 43, für Ostpreußen 61, für Pommern 62, für Brandenburg 66. Dabei gehören gerade diese Provinzen mit zu denen, die den stärksten Bevölkerungsüberschuß aufweisen. Unaufhörlich ist dieser Überschuß von Osten nach Westen, aus der Landwirtschaft in die Industrie geströmt. Während Westfalen und das Rheinland seit der Gründung des Reichs die Zahl ihrer Bewohner mehr als verdoppelt haben, während Berlin sich zu einer 4 Millionen-Stadt entwickelt hat, erhöhte sich die Zahl der Bewohner Ostpreußens nur um rund 20 Prozent. Heute noch steht der Regierungsbezirk Allenstein mit einem Abwanderungsverlust von 8 Prozent an der Spitze aller Bezirke. Der Verlust Gumbinnens ist fast gleich stark. Hier stehen wir vor der Tatsache, die nationalpolitisch von größter Bedeutung ist, die auch eine der Ursachen der landwirtschaftlichen Notlage dieser Gebiete ist.

Es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn man darauf hinwiese, daß die geringe Bevölkerungsdichte des preußischen Ostens die Folge des agrarischen Charakter dieses Gebiets ist, daß der Freistaat Sachsen, das Rheinland, die Provinz Westfalen ihre Bevölkerungsdichte von 333, bzw. 294 und 238 der Industrie verdanken. In Ostpreußen und in der Grenzmark sind zwei Drittel der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Nicht viel anders lauten die Zahlen für Pommern. Im Gegensatz zu Westdeutschland besitzen diese Ostprovinzen keine aufnahmefähige Konsumentenschaft. Die Landwirtschaft Ostpreußens, der Grenzmark und Pommerns ist daher schon durch den Standort ihrer Produktion schwer belastet. Notgedrungen muß dort extensiver gearbeitet werden als in Gebieten, in denen die Erzeugnisse der Landwirtschaft nur geringfügig durch den Transport belastet sind. Die dünne Besiedlung der Ostmark ist daher eine der Ursachen der Not ihrer Landwirtschaft. Aus dieser Not erwächst jetzt die Gefahr einer weiteren Abwanderung.

Wenn die Frage nicht so ernst wäre, könnte man das Gerede „Siedlung“ Gerede sein lassen. Noch nie ist soviel vom Siedeln geredet worden als heute, wo die Voraussetzung jeder Siedlung, die Rentabilität zerstört worden ist. Aber nehmen wir selbst einen Augenblick diese Rentabilität als gegeben an. Dann bleiben Tatsachen bestehen, die zeigen, daß man vom bevölkerungspolitischen Gesichtspunkt aus im Siedeln nicht das Allheilmittel für den Osten sehen kann. Denn schon heute weicht die Bevölkerungsdichte, wenn wir ihr die ländlichen Gemeinden zugrunde legen, in Ostpreußen mit 40 Menschen je Quadratkilometer nicht weit vom Reichsdurchschnitt (47) ab. Eine Gegenüberstellung von Landkreisen mit annähernd gleichen Bodenverhältnissen zeigt, wie wenig sich in Ostpreußen die Bevölkerungsdichte in Gegenden mit überwiegendem Großgrundbesitz von solchen mit überwiegendem Bauernbesitz unterscheidet. Aber heute ist es müßig, über größere oder geringere Siedlungsmöglichkeiten zu diskutieren. Die Aufgabe, die gelöst werden muß, ist eine Verhinderung der weiteren Abwanderung.

Seit Jahrzehnten wird der Ostmark das Blut durch die Abwanderung abgeschöpft. Heute, wo ihre politische Lage doppelt gefährdet ist, redet man, redet immer noch! Man redet vom Siedeln seit der Revolution. Man wird auch über Jahr und Tag noch davon reden. Inzwischen wandern Tausende und Abertausende den Weg von Osten nach Westen. Viele Ostmärker werden ihn noch wandern müssen; denn während die demokratischen Zeitungen ihre Siedlungspläne anpreisen, tötet eine schwere Agrarkrise den Groß- und Mittelbetrieb des Ostens, locken hohe Löhne die Landarbeiter in die Städte nach dem Westen. Ganz Deutschland hat ein nationalpolitisches Interesse, daß der Osten nicht verblutet, daß ein Ausfalltor Deutschlands nicht zu einem morschen Bollwerk wird, dessen Verteidiger an Zahl immer mehr abnehmen. Ganz Deutschlands Interessen sind auch gegen eine weitere einseitige Menschenzusammenballung in den Industriegebieten, den Großstädten. Für was und gegen was man in dieser Beziehung ist, hat man oft genug ausgesprochen. Aber warum zieht man nie die Konsequenz, warum fordert man nicht die Abwanderungssperre für die Ostmark, warum bricht man nicht mit einer These aus der idealen Schatzkammer des Liberalismus: mit der Freizügigkeit in der bedrohten Grenzmark?

Man hat solche notwendigen Forderungen nicht erhoben, weil man nicht den Mut hat, den Kampf für die Ostmark mit allen Mitteln auszuschöpfen. Wenn man — wie es der italienische Faschismus tut — Menschen an der Abwanderung hindern will, dann muß man auch eine Wirtschaftspolitik treiben, die diesen Menschen Arbeit und Brot ver-



schafft. Battaglia del grano und Battaglia per gli uomini bedingen einander. Kampf für die Ostmark heißt zugleich Kampf für die ostmärkische Wirtschaft. Die Industrie wird im Osten nur in sehr begrenztem Umfange zu entwickeln sein. Einzelne Zweige könnten sich auf der Landwirtschaft aufbauen als Verarbeiter agrarischer Produkte oder als Lieferanten für landwirtschaftliche Bedarfsartikel. Wünschenswert wäre das sowohl aus bevölkerungspolitischen Gründen, wie aus solchen des Absatzes für landwirtschaftliche Produkte. Aber Voraussetzung derartiger Pläne ist die wiederhergestellte Rentabilität der Landwirtschaft. Man kann nichts Neues — weder Siedlungen noch Fabriken — schaffen, während das Bestehende erdrückt wird durch die staatliche Überorganisation. Steuer- und Zollpolitik müssen in Einklang gebracht werden mit dem Ziel, die Ostmark zu stärken. Gleichheit? Wir fragen nicht nach der Gleichheit, sondern nach den Aufgaben. Nach den Aufgaben, die die Ostmark für ganz Deutschland erfüllt, sind die Vorteile und Lasten abzumessen. Wenn die Rentabilität der ostelbischen Landwirtschaft gesichert ist, hat man die Landarbeiter-

frage gelöst, hat man das Mittel gefunden, die Landarbeiter auf der Scholle festzuhalten. Denn ohne Rentabilität kann die Landwirtschaft keine ausreichenden Löhne zahlen, kann sie keine Wohnungen bauen. Das sind Binsenwahrheiten. Aber Binsenwahrheiten, wie überhaupt Erfahrungswahrheiten, scheinen heute in Vergessenheit geraten zu sein.

Rentabilität ist auch die Voraussetzung jeder Siedlungspolitik, aller Meliorationen. In einem Bericht des Reichsernährungsministeriums werden 27,5 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche Deutschlands als meliorationsbedürftig bezeichnet. Für Pommern ist die entsprechende Zahl 38 Prozent, für Niederschlesien 37 Prozent, dagegen für die Rheinprovinz 11 Prozent, für Westfalen 12 Prozent. Arbeiten könnten auf diesem Gebiet in der Ostmark geleistet werden, deren doppelter Erfolg eine Stärkung des Binnenmarktes und eine Zunahme der Bevölkerungsdichte wäre. Möglichkeiten gibt es zur Genüge. Aber wird man sie aufgreifen, wird man den Kampf für die Ostmark führen? Und wer führt den Kampf?

Wie die Alten die schönste Gestalt eines Menschen ihrem Abgott Apollo zugemessen haben, also wollen wir dieselben Maße brauchen zu Christo dem Herrn, der der Schönste aller Welt ist. Albrecht Dürer

## Albrecht Dürer

Zum Gedenken seines vierhundertjährigen Todestages am 6. April 1928

Von Albert Dietrich

Am Karfreitag begehen wir den Todesgedenktag unseres Meistermalers und Malerdenkers, Albrecht Dürer. Während der Nutznießer und Liebling des Tages vor seinem Tode der Überlieferung stirbt, lebt der vom Werk ausruhende Geist, sobald er ins Bewußtsein der Nachwelt eingegangen, die seiner Großheit zugemessene Dauer ins Unabsehbare von Zeit und Kraft. War das Schöpferische die Seele und Gnade seines Lebens, so ist das Unauschöpfbare Adel und Antriebs seines Ruhmes. — Die Zeitgenossen werden des Lobens nicht müde über Albrecht Dürer; das Ungemach deutscher Zustände und die Zerrüttung der großen Reformatoren- und Humanistengeneration durch die Nachgeborenen leitet jene Epoche ein, in der Dürer nicht viel mehr als ein größter Name bedeutet.

Wenn es das „innere Auge“ ist, das wahrhaft deutet und allererst gestaltet, so ging dem größten Augenmenschen der Deutschen außer Dürer auch erst wieder Dürer in seiner Riesengröße auf. Goethe hat den männlichen Dürer, wie er mit Vorliebe sagt, für die Deutschen sichtbar gemacht. „Wie sehr unsere geschminkten Puppenmaler verhaßt sind, mag ich nicht deklamieren. Sie haben durch theatralische Stellungen, erlogene Teints und bunte Kleider die Augen der Weiber gefangen. Männlicher Albrecht Dürer, den die Neulinge anspötteln, deine holzgeschnitzte Gestalt ist mir willkommener!“ Mit diesem Ausspruch von 1771 beginnt in ruhiger Entfaltung ein stetiger, langsamer, aber unaufhaltbarer Emporstieg von Dürers Gestalt, Werk und Leben. Bekennen freilich geht über Erkennen, und da, wo Goethe mit seiner Bewunderung endigt, greift die Romantik mit ihrem Überschwang ein. Rein stillerer Grabesdienst, kein liebenswürdiges Aufblicken kann gedacht werden als Wackenroders „Ehrendenkmal unseres ehrwürdigen Ahnherrn Albrecht Dürer.“ Er blickt über die letzten Jahrhunderte hinweg, die in Verzankung und Nachäffererei, Trodenheit und Geziertheit versanken, und die Hoffnung des Vaterlandes ist ihm unzertrennlich vom Vorbild des Nürnbergers. „So ruhen die vergessenen Gebeine unseres alten

Albrecht Dürers, um dessentwillen es mir lieb ist, daß ich ein Deutscher bin.“ In der Tat besichert unser kunstliebender Klosterbruder uns eine liebevolle Auferstehungsfeier. Er weist mit herzlicher Liebe vor den Tafeln und Schnitten und Stichen des Meisters; Wirkliche Menschen hört er dort reden. Aus dem großen Haufen würde er sie herauskennen: „... ein jeglicher ist so aus der Mitte der Natur herausgenommen, daß er ganz und gar seinen Zweck erfüllt. Keiner ist mit halber Seele da, wie man es öfters bei sehr zierlichen Bildern neuerer Meister sagen möchte; jeder ist im vollen Leben ergriffen, und so auf die Tafel hingestellt. Wer klagen soll, klagt; wer zürnen soll, zürnt; und wer beten soll, betet. Alle Figuren reden, und reden laut und vernehmlich.“ Hiermit hat Wackenroder in köstlicher Unbefangenheit die Gehaltsschwere, die Wahrheit, den Sieg des Ernstes in Dürers Art seinen Zeitgenossen am Ausgange des 18. Jahrhunderts, dessen Malerei und Graphik in Spielwert, Gepränge, Ländelei erstorben war, ins Gewissen gerufen. Er hat noch tiefer geblickt. Im Sein und Willen des Deutschen der Gegenwart vermißt er die starke urgesunde tiefe Grundstimmung, die ihm aus Dürer und seiner Welt entgegenblickt. „Als Albrecht den Pinsel führte, da war der Deutsche auf dem Völkerschauplatz unseres Weltteils noch ein eigentümlicher und ausgezeichnete Charakter von festem Bestand; und seinen Bildern ist nicht nur in Gesichtsbildung und im ganzen Äußeren, sondern auch im inneren Geiste, dieses ernsthafteste, gerade und kräftige Wesen des deutschen Charakters treu und deutlich eingepreßt. In unsern Zeiten ist dieser festbestimmte deutsche Charakter, und ebenso die deutsche Kunst, verloren gegangen. Der junge Deutsche lernt die Sprache aller Völker Europas, und soll prüfend und richtend aus dem Geiste aller Nationen Nahrung ziehen...“ Diese geistkonservative Rückbesinnung hat ihren Weg und ihre Schule gemacht. Seit die Romantiker den Blick für das



Deutsche im Deutschen gewedt haben, ist dem Gesamtbewußtsein der Nation Dürer ein unverlierbares Seinsbild unseres Wesens. Zu lebendiger Sinndeutung ist da noch ein weiter und dorniger Weg, den wiederum als erster Friedrich Nietzsche beschritten hat. Er rang sich im Angesichte seines liebsten Bildes: „Ritter, Tod und Teufel“ zu dem Dürer als deutschem Schicksal durch. Die metaphysische Einsamkeit des Deutschen bei tiefster Berührung mit dem Fremden wurde ihm zur Gewißheit, wie sie übrigens aus Dürers Apostelbild mit furchtbarer Geschlossenheit hervorblüht. Und bei den „Aposteln“ wie im „Ritter, Tod und Teufel“ ein ungeheurer Zwiespalt im Hintergrunde dieser Kämpfer: Wandel, Werden, Bewegung! Endlich — obwohl es an jeder äußeren Sicherheit gebricht, jede innere neue Errungen werden will: hier atmen wir das Ethos wahrer Rüstigkeit. Der Priestersproß und Soldat Nietzsche drang so zu seiner eigenen Kampftiefe durch.

Es wird zu leidiger Gewohnheit, die großen Menschen der Nation durch neutralisierende Schieds- und Lobsprüche museumsreif zu machen. Das wäre nach der Verharmlosung der Gegenwart auch noch die Verharmlosung der Vergangenheit. Dürer selbst war getragen vom Lebensungestüm seiner Gegenwart; die Zucht, Strenge und stolze Beinlichkeit des Goldschmiednachfahren, des Handwerkers, des Meisters, aber auch des Denkers und des Glaubensmenschen begegneten der Unbändigkeit eines kraftstrotzenden und phantasiebeseffenen kolonialdeutschen Naturells. Was er zu eiserner oder schimmernder Sichtbarkeit läuterte, war nicht den kürzesten, sondern den weitesten Weg gegangen. Wollen wir das Erbe verwalten, das von ihm kommt, so müssen wir das Erworbene immer wieder erwerben. Dürer besitzen ist Dürer verlieren.

Heißt das aber nicht eine Bewegung behaupten, die weder besteht noch je möglich ist? Gehört Dürer nicht längst dem deutschen Hause? Sehen wir ihn nicht ebenso über der Bibliothek des Gelehrten wie in der guten Stube des Beamten? Hat nicht der Jungarbeiter dieses oder jenes Blatt zu Gesicht bekommen? Dürer lebt — dank auch einem beispielelosen Vervielfältigungs- und Werbewesen — in der Tat so in uns wie kein anderer Deutscher. Und die Verehrung zu ihm in breitesten Schichten ist ganz ehrlich, echt und von richtigem Volksgefühl getragen. Wie also? Sollen wir nicht dankbar sein, daß diese seltene Einhelligkeit gelang? Wir sind es. Aber der „volkstümliche Dürer“ wird zur Phrase und zum toten Augenbiss, wenn das Volk in seiner gestuften Lebendigkeit nicht am inneren Stufenreich der Gehalt- und Formwelt Dürers teilnimmt. Diese Sorge trifft nicht so sehr den Arbeiter, den kleinen Mann, den Bauer, sondern den Gebildeten in jedem Sinne.

Dürer ist gewiß Kind des Volkes; aber die besondere Erscheinung seiner Volkheit ist die unaufhörliche Bewegtheit von Gemüt und Geist, von Vernunft und Herz, von Gefühl und Verstand. Er ist der erste tiefbewußte, tiefgequälte deutsche Künstler, dessen innerer Lebensgang — das ist das Widerspiel von Lebensideal und Lebensgefühl, von Wissen und Schauen, von Zeitgeist und Ich, von Volksgeist und Selbst, von Gott und Seele — eine Welt des sich fühlenden, sich wissenden, sich wollenden Geistes so in die Sichtbarkeit entwirft, entwirkt, daß hier zum ersten Mal, wo das Volk sich im Optischen in seiner ganzen Lebensbreite und Bewußtseinstiefe erreicht, das Bürgertum aus seiner bloß-ständischen Geschlossenheit und kastenmäßigen Verschlossenheit zu universaler Wirkung heraustritt.

So wenig aber das Bürgertum der protestantischen Bevölkerung Luthers liebt, so wenig bemüht sich die „Kernschicht“ unserer Nation ernst und fruchtbar um den Zeit- und Streitgenossen Luthers. — Auch in diesem Kardinalfall hat das christliche Bürgertum deutscher Nation das Heft aus den Händen gegeben. Vor Dürer nämlich und seiner rechtwinklich gebauten Welt, in der Maß und Sinn, Gehalt und Rhythmus in geheimnisvoller Eintracht von Geist und Natur, Erlebnis und Begebenheit frisch und scharf ineinanderklingen, zerfliegt jede Bildungsideo- logie. Der

einfache Sinn versteht ahnungsvoll Dürer, weil seine Ideologie ihn nur oberflächlich verlegt, zerstört, blind macht. Der Gebildete muß sich „einstellen“ oder gar begreifen, ehe er sieht.

Dürers Auseinandersetzung mit dem Zeitgeist ist von großartiger Lebendigkeit und Tiefe: niemand hat in Deutschland so Reformation und Humanismus, deutsche Tradition und Renaissance in die Freiheit eines modernen Menschen aufgenommen und in den selbstgenugsamen Bereich der Kunst gerettet. Der Drang eines siegenden Kulturstaates wird Wille und vermag in unbegreiflicher Spannung und Förderung von Schwung und Strenge Ausdruck, Wert, Bekenntnis zu werden.

Dürers Ausgießung des in ihm durchbrechenden Volksgeistes ist wie die Luther'sche Bibelübersetzung: Das Volk hört und sieht sich selbst. Das Volk in seiner ganzen Lebens- und Arbeitsformation steht mit charakterologischer Bestimmtheit vor uns. Von der Erscheinung eines Grasbüschels bis zum Bauern, Krieger, Gelehrten, Reformator, Kaiser ist alles lebenswüchsig und seelenvoll. In einem höheren Sinne begegnet wie in einer grandiosen Erberinnerung der germanisch-deutsche Volksgeist sich im Spiegel eines andächtig ernstesten Selbstbewußtseins. Das sind noch deutsche Köpfe, Blicke, Handhaltungen, Bewegungen und Gruppierungen. Die Bilder des Vaters, die Kohlenzeichnung von der Mutter, nun gar die Selbstbildnisse, sind Denkmale eines erhabenen hohen, dabei demütig dem Gegenstande hingegebenen Schauens.

Der schauernde, grübelnde, sinnierende Geist, der messende, konstruierende, mathematisierende Forscher in Dürer hat die Nachlebenden viel beschäftigt. Ist Dürer durch die neue Bewegung in Italien und Deutschland nicht problematisiert und ins Theoretische abgedrängt worden? Die Frage trifft nicht das Wesen. Nie war Dürer dem Süden verfallen; er verstand sich eigener und tiefer in dieser Begegnung. Und nie wurde Dürer zum ausgesprochenen, gegen seine Kunst isolierten Philosophen. Aber er war ein unvergleichlicher Durchdenker seiner Kunst auf dem Grunde faustischen Dranges zu erhabener Weltansicht. Uns hat die steigende Ästhetisierung der Kunst dazu verführt, die Beschaulichkeit Dürers entweder als kunstfremd, ja kunstfeindlich — oder als kunstzeugend und kunstvertiefend zu sehen. — Sein Denken war ein Element seiner Kunst, seine Kunst ein Element seines Denkens. Geistiges und optisches Weltbild waren zwei Seiten seiner Grundansicht. In der Tat war Dürer überzeugt, daß Gott das, was er im großen Weltall erschafft, dem wahren Künstler offenbare. Es ist jene die Natur selbst allüberall bildende Kunst, die es „herauszureißen“ gilt, um dieses Geheimnis der Natur durch die menschliche Kunst kundzutun. Das ist andächtige, tiefbohrende Weltdeutung — eine Morphologie der Natur wie H. Rauffmann sie genannt hat, nicht aber die Vorwegnahme kantischer oder gar neukantischer Gedanken. — Aber gewiß ist das Schauen — so sehr in ihm Zeitstimmung und Sonderart bestimmend waren — das Zeichen der einsamen Größe dieses metaphysischen Menschen, dieses Künstlerdenkers. In dem Erlanger Selbstbildnis des Zweiundzwanzigjährigen spricht jeder Zug ergreifend von Erleuchtung im Schauen und Ohnmacht im Grübeln. Im Stich der „Melancholie“ hat Dürer dieses innere Schicksal des Geistes — als bleibendes Denkmal aufgerichtet. Dehio sagt von dem Werk: „Es versinnlicht den Zustand des forschenden Geistes, der eintritt, wenn ihn das Gefühl der Endlichkeit aller Erkenntnis überfällt; er bringt Schwermut, Melancholie.“

In den Passionen und Marienbildern gewinnt diese geistgetragene Innerlichkeit höchsten Ausdruck: Die Welt des Christenmenschen ist aus tiefstem Gewahren und Bewegen des Heilsinhaltes mit reformatorischer Glut, Innigkeit und Lebendigkeit hingestellt. Der Graphiker Dürer ist wie der Bach der Oratorien mit dem Innersten unserer religiösen Substanz verknüpft. Der betende Jesus in Gethsemane wird in den verschiedenen Fassungen von tiefstem gläubigen Wissen erfah-



ren und erfaßt: Ringen, Ergebung, Erschöpfung, Stille, Sieg. Wo dieser Dürer spricht, versagen beschreibende Worte. Nur das eine Wort ist möglich, das wir aus dem Munde eines jungen Mannes hörten, welcher in der Dürer-Ausstellung am Pariser-Platz dem ergriffen blickenden Mädchen wie ein leiser Evangelist zu den Passionsbildern den Text der Heiligen Schrift sprach. — Dieser gläubige unver-

zückt männliche Dürer hat den im Leid triumphierenden Christus, den Tempelreiniger, verspotteten König und Kreuzträger für die Deutschen aller Zeiten dargestellt und so den höchsten Inhalt in der schlichtesten Form vermittelt. Dürers Eigenstes, Tieffstes ist zugleich ganz Tradition, wie sein Glaube ganz Hoffnung ist, die, sagt der Apostel Paulus, nicht zu Schanden werden läßt.

## Kritik der Presse

Die „Weltbühne“ und Piscator streiten sich über Kunst und Politik. Sie schreiben sich lange Briefe, in welchen sie gut bürgerlich ihren Standpunkt darlegen und darüber sinnieren, ob der Kunst oder der Politik heute auf dem Theater das Vorrecht gebühre. Die Weltbühne meint: der Kunst; der Leiter des kommunistischen Theaters: der Politik. Was haben beide zu sagen? Piscator schreibt: „Wir können begreifen, daß eine im Niedergang begriffene Klasse, der das von ihr angestiftete Unheil langsam über den Kopf wächst, sich gern von dem „Allzu-wirklichen“ in ein „phantastisch Unwirkliches“ entführen lassen möchte. Wir haben dieses Bedürfnis nicht. Unser Ausgangspunkt ist gerade dieses Allzuwirkliche, und das zu gestalten ist uns jedes Mittel recht. Was geht uns Film, Aufklappbühne, Maschinerie und Schmieröl an! Sie sind uns nichts als Mittel. Unser Ziel liegt in der Wirklichkeit. Wir kamen aus dem Dreck des Krieges, wir sahen ein halbverhungertes, zu Tode gequältes Volk. Wir sahen, wie man seine Führer meuchlings ermordete (?), wir sahen, wohin wir blickten, Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Qual, Blut. Sollten wir nach Hause gehen und über unseren Schreibtischen, Zeichenbrettern, Regiepulten weiter dem „phantastischen Unwirklichen“ nachträumen, dem Schlittengeklingel lauschen? Unsere Kunst wurde aus der Erkenntnis des Wirklichen geschaffen, mit dem Willen, diese Wirklichkeit abzuschaffen. Wir haben das politische Theater gegründet (wahrhaftig nicht aus Liebe zur Politik), um unseren Teil beizutragen an dem großen Kampf um die Neugestaltung unserer Welt. Unsere Kunstwerke können weder den geistigen Inhalt haben, den nach staatlich gebilligten Regeln ein Kunstwerk haben muß, um als solches zu gelten, noch kann ihre Form mehr dem überlieferten Begriff des Kunstwerkes entsprechen. . . . Wir wollen nicht Theater, sondern Wirklichkeit. Die Wirklichkeit ist noch immer das größte Theater. Was soll uns in einer Welt, in der die wahren Erschütterungen von der Entdeckung eines neuen Goldfeldes, von der Petroleum-Produktion und vom Weizenmarkt, ausgehen, die Problematik von Halbverrückten.“ — Die „Weltbühne“ antwortet: „Es gibt in Deutschland eine imaginäre Linke, die bei allen Kämpfen gegen Militarismus und Justiz in der Avantgarde gestanden hat, unorganisiert, freizügig, freiheitsliebend, uneinig oft, aber einig in der Parteiverdroffenheit. Anstatt sich auf diese gute echte Revolutionsgruppe zu stützen, verpöppelten Sie ihre Sache mit der Partei der Revolutionsphrase, mit der KPD., mit der zerriebenen, zerrissenen Partei, die sich bisher am wenigsten tauglich gezeigt hat für Gemeinschaftsbildung, und von der die Massen ebenso schwinden wie die charaktervollen Wortführer. . . . Ich glaube, Sie leiden nicht unter zu viel Anfeindung, sondern unter zu viel Lob. Befreien Sie sich von Ihren Korbhaken. Die haben ein ganz entzückendes Rezept gefunden: bezweifelt man den politischen Sinn einer Aufführung, so wird tief sinnig die ästhetische Bedeutung ausgespielt. Rührt man aber an diese, so heißt es nicht minder tief sinnig: aber die Politik ist doch gut! Mit Verlaub, so was ist gar nicht proletarisch-revolutionär, sondern sehr glitschig-liberal. Ein Mann von Ihren Gaben, Ihrer Begeisterungsfähigkeit und Energie, hat es nicht nötig, in eine Lage zu kommen, auf die der alle Scherz paßt: „Es wird höflichst gebeten, auf den Herrn am Klavier nicht mit Messern zu werfen, er tut sein Bestes.“ Sauen Sie die Betrüger ruhig in die Pfanne, provozieren Sie Ihr Parkett, daß es heulend sein Geld zurückverlangt, aber lassen Sie das durch einen Dichter besorgen, nicht durch Maschinerie und Parteiphrase. Die Maschinerie wird als Sensation begrüßt, „die Gesinnung sanft begrünst“. — Man könnte diese Ergüsse auf sich beruhen lassen, wenn sie nicht interessante Einblicke in das „linke“ Seelenleben ver-

mittelten. Warum sympathisiert die „Weltbühne“, als das Sprachrohr der „imaginären Linken“, mit Piscator und Kommunismus? Diese „imaginären“, freizügigen, freiheitsliebenden Literaten und Verleger hassen Militarismus, Justiz, Ordnung, Staat auf ihre Weise nicht minder, weil sie durch diese in der Realität wirksamen Mächte (wenn sie nur vorhanden wären!) für ihre Bequemlichkeit und individuelle Freizügigkeit zu fürchten haben. Was zum Teufel scheert uns Staat und Gesamtheit, wir sind Menschen! Daher wird Piscator als Bundesgenosse begrüßt. Aber um Gottes willen nur keine allzu große Umwälzung, keinen wirklichen Kommunismus! Daher hat die Hingabe an die kommunistische Idee durchaus ihre Grenzen, darum schaltet die „imaginäre Linke“ ihre „wohlbegründete“ Opposition dort ein, wo die Brutalität kommunistischen Diktaturwillens die „Ewigkeitsgesetze der Kunst“ zu bedrohen scheint. Man sympathisiert und lehnt ab, mit besonderem Hinweis darauf, daß das Piscator-Theater ja auch nur eine verfluchte kapitalistische Angelegenheit sei. Der „Weltbühne“ gegenüber hat vielleicht Piscator die radikale Leidenschaft der Gesinnung voraus, die für ihn einnehmen könnte.

★

„Die Menschheit“ hat unsere Kritik an einem Aufsatz von Ginz el in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ zum Anlaß genommen zu der Frage, weshalb wir, die wir „nicht immer so unsachlich“ seien, stets dann wilde Zornesaussbrüche hätten, „wenn irgendwo ein objektives Wort über das französische Elsaß ertönt?“ Die „Menschheit“ fragt weiter: „In welchen wahnwitzigen Träumen wiegt man sich denn dort an der Spree?“ — Die „Menschheit“ zitiert den von uns angeführten würdelosen Passus des Einzel'schen Aufsatzes, wonach „man“ im Elsaß über den Autonomismus lache, und erklärt den Aufsatz der „M. N. N.“ als „die Stimme eines besseren, für den Westen verständnisvolleren Bayerns, das hoffentlich einmal wieder auf der ganzen Linie durchbrechen wird.“ — Für das pazifistische Wiesbadener Blatt ist die „objektive Wahrheit“ über das Elsaß, daß der Autonomiegedanke fremder Import ist, daß der Autonomismus friedengefährdend ist, daß die Autonomisten „verpreußte“ Elsässer sind, daß die Bevölkerung nichts von diesen „verdächtigen“ Elementen wissen will. Sehr merkwürdig nur, daß dieses Urteil eines deutschen pazifistischen Blattes so genau sich deckt mit den Auffassungen der französischen Chauvinisten, deren Stimmen die Foerster'sche „Menschheit“ sich nicht nur in der Frage der „deutschen Rüstungen“ stets unbefehlen zu eigen macht, sondern gerade auch hinsichtlich Elsaß-Lothringens. Wer derart voreingenommen ist, wie die „Menschheit“, den können wir als Sachwalter der Friedensidee nur mit größtem Mißtrauen betrachten. Überdies ist die „Menschheit“ so oft schon mit ihrer schulmeisterischen Besserwisserei hereingefallen, daß wir gerade hinsichtlich Elsaß-Lothringens auf Foerster'sche Beurteilungen der „objektiven“ Wahrheit über das Elsaß nichts geben könnten, auch wenn wir lediglich Meinung gegen Meinung, Urteil gegen Urteil stellen wollten. Das elsäß-lothringische Problem ist heute ein Prüfstein für wirkliche freiheitliche, wahrhafte friedliche Gesinnung. Wer sich da auf die Seite des französischen Gewaltkurzes stellt, mag sich persönlich noch so sehr als „Europäer“ vornehmen, er ist doch ein Verherrlicher der Unterdrückung. — Die „Menschheit“ hat übrigens kürzlich auch die letzte Chance vorbeigehen lassen, wenigstens den Schein der Sachlichkeit und Unvoreingenommenheit zu wahren. Wir erinnern sie daran, daß in der Berliner alt-elsäß-lothringischen Monatschrift „Elsaß-Lothringen“/„Heimatstimmen“ im Februar eine ausführliche Entgegnung auf eine völlig einseitige Darstellung des elsäßisch-französischen Senators E c c a r d („Das Elsaß zwischen Frank-



reich und Deutschland") gebracht worden ist, die laut einer Notiz der Schriftleitung durch den Verfasser — den Alt-Elässer A. Gilg, früher in Colmar — auch dem Wiesbadener Blatt zugegangen ist. Die genau belegten Tatsachen in Gilgs ruhig und sachlich gefaßter Erwiderung mußten einem Blatte, das sich das Monopol der „politischen Ethik“ zuschreibt, Veranlassung geben, entweder zum Eingeständnis der Unzuverlässigkeit seiner bisherigen Vertrauensmänner oder aber zu einer ebenfalls tatsächengemäßen Widerlegung. Bis heute — 2. April — ist in der „Menschheit“ kein Wort der Entgegnung erschienen, ja nicht einmal ein Hinweis auf die Entgegnung Gilgs. Dagegen finden wir in der vorletzten Nummer in einem mit „F“ (= Foerster) gezeichneten längeren Aufsatz über elsäß-lothringische Fragen einen boshaften Hieb auf „die entelässertesten Elässer der „Heimatstimmen“. Ist es nicht vielsagend, daß sich im verbissenen Haß gegen diese „Heimatstimmen“ der Pazifist Foerster stets der gleichen Argumente bedient wie die „Action Française“ oder der „Temps“, das „Echo de Paris“, das „Journal d'Alsace“ und wie diese Autonomistentöter alle heißen? In Sachen Elsaß-Lothringen hat die „Menschheit“ erst noch den Nachweis zu erbringen, daß es ihr um Wahrheit und Recht, ja auch nur um Menschlichkeit zu tun ist.

\*

Es war hier kürzlich von einem ungewöhnlichen und in verschiedener Hinsicht über einzelne Tatsachen wohlunterrichteten Interesse die Rede, das im „Corriere della Serra“ und im „Démocrate“ für die deutsche innere Kolonisation zutage trat. Nach verschiedenen Anzeichen rieten wir auf den Kreis der „Kulturwehr“ als gemeinsame Quelle. Dieser Verdacht bestärkt sich noch, wenn sich, was kaum vermeidlich war, das „Journal de l'Est“ in Straßburg nun im selben Sinne zur Sache äußert. Auch hier wieder eine Flut von Einzelheiten, welche zwar größtenteils falsch und fast sämtlich stark übertrieben sind, aber immerhin den Eindruck machen, von Stellen zu stammen, die an sich von den wirklichen Dingen hier Einiges wissen. Handelte es sich um ein anderes französisches Blatt, so würde uns die Tatsache, daß die deutschen Wörter in dem Artikel sämtlich richtig geschrieben sind, den sicheren Beweis in die Hand liefern, daß derselbe aus Deutschland stammt. Denn einen solchen Fall haben wir in unserer langjährigen Befassung mit französischen Büchern und französischer Presse sonst noch nicht erlebt. Jedoch bleibt betr. des „Journal de l'Est“ ja die Wahrscheinlichkeit, daß mindestens die Setzer deutsch können. Von den Tendenzen des Artikels mag einen Begriff geben, wenn der „Flensburg Avis“ mit der Behauptung zitiert wird, daß die deutsche Aktion in Dänemark, Polen und Elsaß über ein Kapital von 80 Millionen Goldmark verfüge. Es wäre übrigens interessant zu beobachten, was etwa mit einem deutschsprachigen Blatte Elsaß-Lothringens geschähe, welches solche beweislosen Behauptungen betr. Frankreichs aufstellte. — Im Übrigen erscheint die deutsche Siedlungsarbeit auch hier als ein Ausrottungstrieb gegen die polnische Minderheit. Es ist eigenartig, wie noch kürzlich ein polnisches Blatt (irren wir nicht, so war es die „Gazeta Gdanska“) schrieb, man werde doch sehen, ob der Völkerbund Deutschland erlauben würde, an den Ufern der Oder eine Steppenlandschaft anzulegen, wo jenseits der Grenze Millionen von polnischen Siedlern bereitstünden. Wird aber die Steppenlandschaft — daß darin von polnischen Minderheiten nur in geringen Bezirken die Rede ist, wird sich der selbst sagen können, der den Geist des Friedensvertrages kennt — besteelet, so wird wiederum die Welt zum Protest aufgeboten. Das Gröteske ist zu allem noch daran, daß diese Siedlung (über die wir an sich niemandem Rechenschaft schulden, da hier nirgends das geschlossene Siedlungsgebiet eines Fremdvollkes ange schnitten noch auch entschädigungslos beschlagnahmt wird) von einer schmerzlichen Geringfügigkeit ist. Obwohl alle Parteien sich über die Notwendigkeit dieser Sache einig sind, und neuerdings noch Geldmittel bewilligt wurden, war das Verhältnis in den letzten Jahren so, daß anderthalb Beamte jährlich einen Ansiedler ansetzten — eine Tatsache, die eine Kritik des parlamentarischen Systems enthält, welche

hier nicht weiter ausgeführt sei. Lettland, welches die Größe der Mark Brandenburg und die doppelte Einwohnerzahl von Hamburg hat, leistet in dieser Hinsicht das Zehnfache des deutschen Reiches. Eine laufende Orientierung über dieses traurige Kapitel bietet das unparteiische und rein sachliche „Archiv für innere Kolonisation“, welches auch die wichtigeren Pressestimmen in extenso abdruckt.

\*

Ein Mezer Blatt, die „Lothringer Volkszeitung“, untersucht die „Lehren aus den Landratswahlen“ im Saargebiet. Da die „L. V.“ in den umstrittenen heimatischen Fragen Elsaß-Lothringens das Lebensrecht des überlieferten Volkstums gegenüber den französischen Überfremdungsplänen verteidigt, so hat sie seit längerer Zeit gerade auch die Mißerfolge der französischen Kultur- und Anbiederungspolitik im benachbarten besetzten Gebiet stärker beobachtet als andere Blätter, die — wie das Straßburger „Journal de l'Est“ oder die vom gleichen Propagandistentümel redigierte Wochenschrift „Alsace Française“ — stets die französischen Schönredereien mitmachen oder für sie den Ton angeben. In Elsaß-Lothringen wird bekanntlich in allen Dingen stets mit dem „nationalen Argument“ hausiert, d. h. man möchte dauernd „französische“ Treuebekanntnisse. Die von Frankreich als allein echt approbierten „guten Elässer“ sind aber in solcher Minderheit, daß dieser Appell immer wieder zu Katastrophen für diese „französische Idee“ führen muß. (Der französische Reinfall von Hagenu am 26. Februar und 4. März, wo die Heimattreuen die Blau-Weiß-Roten vernichtend geschlagen haben, ist für solche Katastrophen geradezu international ein Symbol geworden.) Die „Lothringer Volkszeitung“, die gegen diese nationalistischen Erpressermethoden ist und vor ihren Rückschlägen warnt, findet es nun im benachbarten Saargebiet besonders bedeutsam, daß bei der Wahl der „Saarbund“ in der Versenkung verschwunden ist. Für Frankreich bedeutet das, daß es politisch im Saargebiet abgewirtschaftet hat; denn der „Saarbund“ war die einzige Partei, die francophil eingestellt war.“ Das Mezer Blatt meint, daraus könne man auch für Elsaß-Lothringen „einige beherzigenswerte Lehren“ ziehen. — Es ist ein Zeichen der Zeit, daß die bodenständigen elsäß-lothringischen Blätter sich abgewöhnt haben, über außenpolitische, vor allem auch reichsdeutsche, Ereignisse das Pariser Klischee zu übernehmen. Es zeigte sich dies erst jüngst auch bei der Debatte Mussolini-Seipel über Südtirol. Die Straßburger, Colmarer, Mezer Auffassungen wichen da sehr stark von dem ab, was die Pariser Presse je nach ihrer Einstellung zum faschistischen System zu sagen wußte. Die heimatisch eingestellten Blätter, besonders wiederum die „Lothringer Volkszeitung“, erfassen sehr wohl die große grundsätzliche Bedeutung dieser Aussprache für die Streitfragen Elsaß-Lothringens, wo unter der Flagge der französischen Demokratie die gleiche Aufsaugungspolitik gegenüber den anderthalb Millionen „befreiten Brüdern“ betrieben wird, wie sie der italienische Faschismus gegenüber den 200 000 „erlösten“ deutschen Südtirolern zur Anwendung bringt. Aus den französischsprachigen sowie den politisch links und somit antiautonomistisch eingestellten Blättern in Elsaß-Lothringen konnte man hinwiederum entnehmen, daß man für die „Bande von Ranailen“ — so nannte der neue französische Präfekt des Ober-Elsaß, Poincarés Freund Susini, vor einem Monat die Autonomisten — sich durchaus einen Mussolini wünscht, auch wenn man sich im Übrigen in Abscheu vor seinem System genug tun kann.

## Jungkonservativer Klub

Dienstag, den 10. April 1928

Keine Veranstaltung

Werben Sie für das „Gewissen“